

Die Grünen

Die Vermittlung von Medienbildung, in der Medienkritik (Reflexion) und Mediengestaltung (Partizipation) inkludiert wird, ist für die persönliche Entwicklung der Bürger:innen ebenso wichtig wie für die Entwicklung des demokratischen Staates. Die Vermittlung von Medienbildung ist daher eine wichtige Aufgabe öffentlicher Bildung, für die in Österreich verschiedene Institutionen etabliert wurden. Wie wollen Sie als Gesetzgeber:in die Vernetzung der Institutionen und Träger:innen, in denen Medienbildung vermittelt wird, unterstützen?

Medienbildung ist gerade in Zeiten digitaler Medien und der damit fallweise einhergehenden Desinformation wichtiger denn je. Wir Grüne haben in der Regierung mit dem Qualitätsjournalismusförderungsgesetz eine mit 20 Millionen Euro dotierte Förderung geschaffen, die sowohl die Aus- und Weiterbildung von Journalist:innen als auch die Medienbildung und -kompetenz junger Menschen in Österreich intensiv fördert. Mit dieser Förderung ist ein Paradigmenwechsel in der heimischen Förderpolitik gelungen, der einen starken Fokus auf Qualität und Bildung legt und damit die vierte Säule der Demokratie stärkt.

Die UNESCO hat das auf Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte basierende Konzept der Medien- und Informationskompetenz (Media- and Information Literacy - MIL), das zuletzt durch die Erläuterung zur Rechte der Kinder in der Digitalen Welt ergänzt wurde, entwickelt [<https://www.unesco.org/en/media-information-literacy>]. Wie wird die Media- and Information Literacy im Programm Ihrer Partei berücksichtigt und wie werden Sie als Gesetzgeber:in öffentliche Schulen, die offene Kinder- und Jugendarbeit, Bürger:innemedien und öffentlichen Büchereien in der Umsetzung des MIL-Konzepts unterstützen?

Im Zuge unserer Regierungsbeteiligung haben wir im Schulbereich mit den neuen kompetenzorientierten Lehrplänen unter anderem das fächerübergreifende Thema „Medienbildung“ verankert. Im neu eingeführten Pflichtfach „Digitale Grundbildung“ ist Medienbildung eine der drei Grundpfeiler. Hier war uns die Ausgewogenheit zwischen informatischer Bildung und Medienbildung besonders wichtig. Mit dem neuen Qualitätsjournalismusförderungsgesetz werden darüber hinaus Medienpädagogikeinrichtungen und Schülerabos gezielt gefördert. Zu den zahlreichen Maßnahmen gehört auch das Angebot von Alphabetisierungskursen, bei denen es auch um das Erlernen digitaler Kompetenzen geht. Wir werden auch in Zukunft in der Förderpolitik einen

Schwerpunkt auf Medienbildung und Medienkompetenz legen, damit die vierte Säule der Demokratie weiterhin ihre Wirkung entfalten kann.

Für Chancengerechtigkeit in einer digitalen Gesellschaft bedarf es neben formalen Bildungsangeboten auch niederschwellig zugänglicher, non-formaler und informeller Lern- und Erfahrungsräume. Öffentliche Büchereien, die offene Kinder- und Jugendarbeit und Bürger:innenmedien sind besonders für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche ein wichtiger komplementärer Ort der Auseinandersetzung mit digitalen Technologien. Wie werden Sie als Gesetzgeber:in dafür Sorge tragen, dass pädagogische Institutionen personell und materiell gut ausgestattet werden?

Die aktuelle Bundesregierung hat die Fördermittel für öffentliche Bibliotheken von 2,3 Millionen Euro auf rund 3,6 Millionen Euro erhöht. Zusätzlich werden jährlich fünf Preise für die "Bücherei des Jahres" vergeben, die mit je 10.000 Euro dotiert sind. Außerdem wird die spezifische Medienförderung von 600.000 Euro auf 1,45 Millionen Euro jährlich erhöht, wobei 350.000 Euro für den Medienaufbau in neu gegründeten oder erweiterten Büchereien vorgesehen sind. Darüber hinaus wurde ein Pool an Expert:innen eingerichtet, um Bibliotheken und Büchereien bei Neugründungen und Umstrukturierungen zu unterstützen. Und wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass diese Angebote ausgebaut werden.

Das gesellschaftliche Risiko der digitalen Spaltung (Digital Divide) betrifft alle Altersgruppen. Welche Maßnahmen wollen sie setzen, um diesem Risiko entgegenzuwirken und sicherzustellen, dass insbesondere auch ältere Menschen und benachteiligte Gruppen in den digitalen Wandel gut mitgenommen werden? Welche Rolle spielen dabei die öffentlichen Büchereien als allgemein zugängliche digitale Lernorte?

Es bedarf einer Vielzahl von Maßnahmen, um die unterschiedlichen Zielgruppen im digitalen Wandel gut mitzunehmen. Bei den Jüngeren muss insbesondere in den Schulen angesetzt werden, in denen die Digitalisierung eine wesentliche Rolle spielen muss. Das Unterrichtsfach „Digitale Grundbildung“ und die Geräteinitiative „Digitales Lernen“, in deren Rahmen digitale Endgeräte für alle Schüler:innen der 5. Schulstufe gefördert werden, sind hier eine gute Basis. Digitalisierung soll und muss in allen Schulfächern berücksichtigt werden und wir treten für eine aktive Einbindung und Reflexion von Künstlicher Intelligenz im Unterricht ein.

Wesentlich sind Medienkompetenz und Demokratiebildung auch für die Gesamtbevölkerung. Ein erster Schritt in Richtung Kompetenzerweiterung bei älteren Bevölkerungsgruppen sind die Digitalisierungs-Workshops, die gerade ausgerollt werden. Wir halten es auch für sinnvoll, ältere Menschen mit „digital

buddies“ beim Erlernen von Digitalkompetenzen zu unterstützen – öffentliche Büchereien können hier ein Begegnungsort werden.

Anwendungen aus dem Bereich der künstlichen Intelligenz werden derzeit dazu verwendet, die Bürger:innen in Österreich an die Anforderungen und Vorgaben digitaler Systeme anzupassen und sie so auszubeuten. Wie werden Sie als Gesetzgeber:in dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche vor der Ausbeutung durch KI-Systeme geschützt werden und ihnen die freie und kreative Entfaltung möglich wird?

Der KI Act der EU schafft eine risikobasierte Regulierung. KI-Praktiken mit unannehmbarem Risiko (also insbesondere solche, die auf Verhaltensmanipulation, Social Scoring oder biometrische Kategorisierung von Menschen abzielen) werden mit dieser Regulierung künftig verboten. Geregelt wird auch eine Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Inhalte.

Wir müssen aber auch gegenüber Manipulation, Demokratiefeindlichkeit und neuen Formen der Kriminalität wachsam sein. Ebenso müssen wir den Schutz unserer gesellschaftlichen Vielfalt und die Gleichstellung der Geschlechter einfordern. KI kann Diskriminierung verstärken – das sehen wir jetzt schon – dem müssen wir gezielt entgegenwirken.

Wir Grüne stehen in diesem Kontext für Meinungsfreiheit, für den Schutz der Privatsphäre, für Datenschutz, Gleichberechtigung sowie Grundrechte und kämpfen gegen Massenüberwachung, Ausgrenzung und Diskriminierung – und das im Netz wie im analogen Leben.

Im Bildungsbereich werden zunehmend kybernetische Steuerungs- und Kontrollsysteme verwendet (Learning Analytics, Lernverlaufsanalysen, Classroom Management Systeme etc.). Wie werden Sie als Gesetzgeber:in die Schüler:innen vor den damit verbundenen Auswirkungen wie dem Datendiebstahl durch Konzerne, dem Social Scoring oder dem Zustellen von Werbung schützen?

Social Scoring ist laut EU-Verordnung verboten. Schüler:innen-Daten aus Lernverlaufsanalysen und Classroom-Management-Systemen werden nur unter höchsten Datenschutzstandards, unter Beachtung der Grundsätze der Datenminimierung und Zweckbindung, verarbeitet und an keine Konzerne weiter gegeben.

Mit der Aktualisierung des Grundsatzeserlasses Medienbildung auf dem Hintergrund der Digitalisierung (https://rundschriften.bmbwf.gv.at/download/2022_12.pdf) soll der Forderung nach entsprechender Anpassung der schulischen Medienbildung und nach verstärkter Förderung von Medienkompetenzen bei allen Schüler:innen Rechnung getragen werden. Wie werden Sie als Gesetzgeber:in die flächendeckende Umsetzung des Grundsatzeserlasses Medienbildung unterstützen?

Medienbildung muss jedenfalls im Kontext der digitalen Welt gedacht werden. Der in dieser Regierungsperiode entwickelte 8-Punkte-Plan für die Digitale Schule soll weiterhin zielstrebig umgesetzt werden. Es muss sichergestellt werden, dass alle Schulen mit entsprechender Infrastruktur, Software und pädagogischem Know-How ausgestattet sind. Ein wichtiger Baustein dabei ist der individuelle digitale Schulentwicklungsplan, den jeder Standort entwickeln muss.

Zudem wurde in den neuen Lehrplänen Medienbildung als überfachliches Thema verankert. Das bedeutet, dass entsprechende Kompetenzen nun in allen Fächern vermittelt werden müssen. D.h. es müssen auf jeden Fall ausreichend Fortbildungen angeboten werden, damit die Pädagog:innen hier inhaltlich und methodisch fit sind.

Im neuen Pflichtfach „Digitale Grundbildung“ (inkl. entsprechendes Lehramtsstudium) ist Medienbildung eine der drei wichtigen Säulen.

Mit all diesen Maßnahmen sind wir überzeugt, dass Medienbildung mittelfristig aus der Schule nicht mehr wegzudenken ist und so selbstverständlich wird wie Mathematik, Deutsch und Englisch.

Im Lehrplan für digitale Grundbildung ist die Berücksichtigung von Inhalten aus der Medienpädagogik, der Kommunikationswissenschaft, der Medienwissenschaft und der Informatik vorgesehen. In den Lehramtsstudien der meisten Verbünde wird allerdings überwiegend Informatik unterrichtet und oft mit Produktschulungen verwechselt. Die ausgebildeten Lehrpersonen können das Fach also nicht unterrichten. Welchen Nachbesserungsbedarf sehen Sie in diesem Zusammenhang hinsichtlich der Aus-, Fort- und Weiterbildung und welche Maßnahmen werden sie als Gesetzgeber:innen setzen, um eine dem Lehrplan entsprechende Qualifikation der Lehrpersonen sicher zu stellen?

interne Zeichenbeschränkung. MAX. 1000 Zeichen pro Antwort

Für uns Grüne war es bei der Einführung des Pflichtfachs "Digitale Grundbildung" wichtig eine Ausgewogenheit zwischen Medienpädagogik, Kommunikationswissenschaft und Informatik im Lehrplan zu gewährleisten. Aus unserer Sicht müssen sich diese drei Säulen und Inhalte des Pflichtfachs natürlich auch im Lehramtsstudium widerspiegeln. Wir setzen hier auf die Verbünde, die das entsprechende Lehramtsstudium anbieten. Denn die PHs und Unis haben im Bereich Medienbildung, Medienpädagogik und Didaktik viel Expertise aufgebaut. Wir zählen hier auch auf die Reform der Lehramtsausbildung, die wir dieses Jahr auf Schiene gebracht haben. Damit geht einher, dass alle Curricula neu konzipiert werden. Wir sind zuversichtlich, dass PHs und Unis diese Expertise auch ausgewogen in diesen Prozess einbringen werden. Darüber hinaus können und sollen die Verbünde Medienbildung als pädagogischen Schwerpunkt anbieten. Wir sind überzeugt, dass viele Studierenden diesen auch wählen werden.

Im Bereich Fort- und Weiterbildung müssen die Angebote auf den PHs ausgebaut und vertieft werden.

Der EU-Datenschutzbeauftragte hat festgestellt, dass die europäische Kommission gegen die EU-Richtlinie 2018/1.725 verstößt, weil Office365 von Microsoft von Mitarbeiter:innen der Kommission verwendet wird (<https://orf.at/stories/3351232/>). Schüler:innen in Österreich wird in den Bundesschulen von der Bundesregierung ebenfalls Office365 zur Verfügung gestellt. Daher verstößt die derzeitige Regierung ebenfalls gegen geltendes Recht, gibt hohe Summen für Lizenzgebühren aus und fordert die Schüler:innen zu rechtswidrigem Verhalten auf. Wie werden Sie als Gesetzgeber:in dafür sorgen, dass die Regierung sich an geltendes Recht hält?

Wir setzen uns für die Abkehr von proprietären Systemen und den Einsatz von Open Source Software in der öffentlichen Verwaltung, in Schulen und Unternehmen ein. Denn offene Systeme dienen vorrangig den Bürger:innen und nicht der Profitmaximierung ausländischer Konzerne. Hier ist die EU-weite Zusammenarbeit der besten Köpfe einer der Schlüssel zu mehr Qualität und Sicherheit.

Wenn Kinder von Anfang an in der Schule mit Open Source Software arbeiten, werden die derzeitigen "Gewöhnungseffekte" an proprietäre Software abnehmen. Damit wird auch der Umstieg von Unternehmen und der Verwaltung auf Open-Source-Programme unterstützt.

Öffentliche Diskussionen sind wichtig für die demokratische Willensbildung. Digitale Technologien werden regelmäßig verwendet, um Desinformationen zu erzeugen und zu verbreiten (Deepfake, Trollfabriken, Shitstorms, Hasspostings etc.). Damit werden öffentliche Diskussionen erschwert. Welche Maßnahmen wollen Sie als Gesetzgeber:in setzen, um die Störung öffentlicher Diskussionen mit digitalen Technologien zu verhindern und die Beteiligung von Bürger:innen in Österreich an öffentlichen Diskussionen zu unterstützen?

Die Digitalisierung hat auf das tägliche Leben von Menschen erhebliche Auswirkungen. Wir befinden uns mitten in einer gesellschaftlichen Revolution. Hier gilt es, die Chancen für den Wirtschaftsstandort Österreich zu ergreifen, zu fördern und Rahmenbedingungen zu schaffen. Dabei müssen wir die Bevölkerung mitnehmen und uns durch Bildungsoffensiven für die laufenden Umbrüche stärken. Wesentlich ist, dass dabei unsere demokratischen Grundwerte gewahrt bleiben. Bei Social Media hat man sich anfangs relativ naiv eine Demokratisierung der Kommunikation und automatische Selbstregulierung erhofft. Das war ein Irrtum. Diesen Fehler dürfen wir bei der Künstlichen Intelligenz nicht wiederholen. Mit dem AI Act haben wir klare Rahmenbedingungen – auch für die Förderung der Wirtschaft, etwa durch Reallabore und eine Begünstigung von Open Source.

THEO KOCH

Pressesprecher